

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Christina Baum, René Bochmann, Thomas Dietz, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Keine Wasserstoffpolitik für Europa zu Lasten von Menschen und Umwelt in Afrika

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Um das Ziel der sogenannten Treibhausgasneutralität zu erreichen und seiner vermeintlichen internationalen Verantwortung zur Erreichung der Ziele des Klimaabkommens von Paris gerecht zu werden, muss Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung Möglichkeiten schaffen, Wasserstoff als Dekarbonisierungsoption zu etablieren. Dabei ist aus Sicht der Bundesregierung nur Wasserstoff, der auf Basis erneuerbarer Energien hergestellt wurde („grüner Wasserstoff“), auf Dauer nachhaltig (siehe Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, Seite 3, www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=1).

Der sogenannte „grüne“ Wasserstoff wird durch Elektrolyse von Wasser gewonnen, unabhängig von der gewählten Elektrolýsetechnologie soll die Produktion CO₂-frei erfolgen, wobei für die Elektrolyse angeblich ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zum Einsatz kommen soll (siehe Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, Seite 29, www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=1).

Da Deutschland seinen Bedarf an „grünem Wasserstoff“ nicht allein decken kann, setzt die Bundesregierung ausweislich der Nationalen Wasserstoffstrategie auf strategische Kooperationen (vor allem mit West- und Süd-Afrika, die angeblich immense Potentiale für Wasserstoffproduktion aufweisen). Viele Projekte sollen bereits in der Planungs- und manche sogar in der Umsetzungsphase sein (www.wasserstoff-leitprojekte.de/partner_projekte/potenzialatlas). Auch die EU will große Mengen an Wasserstoff aus afrikanischen Ländern importieren (www.euractiv.de/section/energie/news/eu-will-afrika-zum-weltmeister-der-energieexporte-machen/).

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird eine Menge erneuerbaren Stromes von bis zu 20 TWh (Terawattstunden) benötigt, um eine Menge „grünen Wasserstoff“ von 14 TWh herzustellen (siehe Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, Seite 5, www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=1). Nach Auffassung der Antragsteller ist die Produktion von sogenanntem „grünen“ Wasserstoff technisch ineffizient und daher äußerst unwirtschaftlich. Außerdem ist der Export elektrischer Energie aus Afrika unsinnig, da die Staaten Afrikas nach Einschätzung der Antragsteller noch sehr lange erst

einmal prioritär ihren eigenen Energiebedarf decken müssen, zum Beispiel für die Desalinierung von Meerwasser, um den dortigen Wassermangel der Landwirtschaft zu bekämpfen. Die Antragsteller hatten die Bundesregierung bereits darauf aufmerksam gemacht, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Förderung der Wasserversorgung in Afrika zu verstärken (siehe BT-Drucksache 20/6725). Darüber hinaus besteht die Gefahr der illegalen Landnahme dahingehend, dass landwirtschaftliche Flächen genutzt werden, die für die Ernährung der lokalen Bevölkerung benötigt werden. Die Antragsteller sehen ein erhebliches Konfliktpotenzial zwischen den Wasserstoffambitionen der Bundesregierung und der lokalen Wasser-, Nahrungsmittel- und Energieversorgung in Afrika.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihre nationalen Wasserstoffvorhaben in Afrika einzustellen;
2. ihre Bemühungen auf Ebene der Europäischen Union, Wasserstoff aus Afrika in die EU zu importieren, einzustellen;
3. sicherzustellen, dass öffentliche und private Investitionen, die von Deutschland oder mit deutscher Beteiligung in Afrika getätigt werden, im Einklang mit den relevanten Entwicklungszielen der afrikanischen Partnerländer stehen. Hierzu gehören insbesondere die Wasser-, Energie- und Nahrungsmittelversorgung;
4. von ideologisch begründeten Zielvorgaben bei Energiepartnerschaften mit afrikanischen Ländern abzusehen.

Berlin, den 6. November 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung hat im Juni 2020 die Nationale Wasserstoffstrategie beschlossen. Deren Ziel ist es, mit Hilfe der Wasserstofftechnologie den CO₂-Ausstoß in den Bereichen Industrie, Verkehr und Energie zu senken. Zu diesem Zweck soll ausschließlich der sogenannte „grüne Wasserstoff“ gefördert werden, der mithilfe von erneuerbaren Energien – wie Sonnen- oder Windenergie – hergestellt wird. Deutschland kann „grünen Wasserstoff“ nicht in der benötigten Menge herstellen, weil es dazu an Strom aus regenerativen Energien fehlt. Die Bundesregierung setzt daher auf internationale Kooperationen (www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/wasserstoff-technologie-1732248).

Bislang schauen Bundesregierung und EU-Kommission hauptsächlich in Richtung Afrika. Deutschland hat als Teil seiner Nationalen Wasserstoffstrategie Partnerschaften mit Namibia, der Demokratischen Republik Kongo, Südafrika, Angola und Marokko geschlossen. Auch die EU plant, bis 2050 auf „grünen Wasserstoff“ umzusteigen. Um sich von der Energieversorgung aus Russland unabhängig zu machen, wurde die Repower-EU-Strategie im März um weitere 10 Millionen Tonnen „grüne“ Wasserstoffimporte pro Jahr aufgestockt. Dies kommt zu dem bestehenden EU-Ziel hinzu, bis zum Jahr 2030 20 Millionen Tonnen „grünen Wasserstoff“ zu verbrauchen (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-gruener-wasserstoff-aus-afrika-hoffnung-in-der-energiekrise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220906-99-649206).

Nach Einschätzung der Antragsteller, führt das „grüne“ Wasserstoffvorhaben der Bundesregierung – abgesehen von seiner Unwirtschaftlichkeit bzw. technischen Ineffizienz sowie seinem massiven logistischen Aufwand – zu erheblichen Schwierigkeiten für die afrikanischen Partnerländer.

Zunächst ist die Elektrolyse zur Wasserstoffgewinnung mit erheblichen Anforderungen an die Wasserversorgung verbunden. Jedes Kilogramm Wasserstoff benötigt zwischen neun und zehn Liter Süßwasser. Sollte dieses Wasser zudem deionisiert werden müssen, steigt der Verbrauch weiter an (vgl. www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/gruener-wasserstoff-wasser-verbrauch-100.html). In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass viele afrikanische Länder noch nicht in der Lage sind, ihre Bevölkerung mit ausreichend sauberem Trinkwasser zu versorgen. Über ein Drittel der afrikanischen Bevölkerung, das sind mehr als 500 Millionen Menschen, leidet unter Wasserknappheit (www.spektrum.de/news/trinkwasser-schwierige-wasserversorgung-in-afrika/2001469).

Ein weiterer bedeutsamer Aspekt ist die potenzielle Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktivität. Die geplante Wasserstoffproduktion könnte den bestehenden Wassermangel verschärfen und dadurch ökologische Folgeschäden in der Landwirtschaft verursachen. Es besteht auch die Befürchtung, dass landwirtschaftliche Flächen, die essenziell für die lokale Ernährungssicherheit sind, illegal beansprucht werden könnten.

Des Weiteren ist zu bedenken, dass die energiepolitischen Zielsetzungen der afrikanischen Länder und die Pläne der Bundesregierung aktuell nicht im Einklang stehen. Es sollte oberste Priorität haben, dass die afrikanischen Staaten ihre eigene Bevölkerung zuerst vollständig mit Energie versorgen können, bevor Exportüberlegungen in den Vordergrund rücken. In dieser Hinsicht erscheint das Wasserstoffvorhaben der Bundesregierung nicht zielführend. Der afrikanische Kontinent braucht Investitionen zur Entwicklung seines Energiesektors, um auf der Grundlage einer kostengünstigen und verlässlichen Energiebereitstellung seine Industrialisierungspläne voranzutreiben. Dazu gehört die Nutzung fossiler Rohstoffe. Afrika braucht zwar Energie, darf aber kein neues Experimentierfeld für ideologiegetriebene energiepolitische Abenteuer der Europäer werden. Die afrikanischen Staaten haben der Klimapolitik der Bundesregierung und der EU bereits im Rahmen der Vorstellung der Global Gateway Initiative beim EU-Afrika-Gipfel im vergangenen Jahr eine klare Absage erteilt. Im Gegensatz zu den EU-Plänen, die globale Energieproduktion zu dekarbonisieren, wollen viele afrikanische Staaten an fossilen Brennstoffen festhalten. So fürchten etwa Nigeria, Algerien oder Mosambik, dass ihre Umsätze aus Gas- und Öl-Exporten einbrechen könnten, und Südafrikas Wirtschaft ist zu großen Teilen von Kohle abhängig (www.swp-berlin.org/publikation/mta-spotlight-02-klima-und-energie-in-den-au-eu-beziehungen).

Schließlich sollte auch die Frage der lokalen Akzeptanz solcher Projekte nicht außer Acht gelassen werden. Während hierzulande Windkraftanlagen mitunter von Bürgerinitiativen, aber auch durch gesetzliche Regelungen, etwa bezüglich der Abstände zu Siedlungen, verhindert werden, setzt die Bundesregierung für Afrika voraus, dass diese dort klaglos hingenommen werden. Dem liegt eine neokolonialistische Sicht zugrunde, die anderen zumutet, was man selbst nicht akzeptieren würde.

Blickt man vor diesem Hintergrund auf die Energie- und Mobilitätswende in Deutschland, bei der ein Umstieg von Verbrennungsmotoren auf Elektromobilität staatlich gefördert und Wasserstoff-Technologie vermehrt eingesetzt wird, besteht bei ganzheitlicher Betrachtung die Gefahr, dass durch die Förderung von Rohstoffen für Elektromotoren und Akkumulatoren wie Kobalt und Lithium, sowie der Herstellung sogenannten „grünen Wasserstoffs“ in Afrika, Wasserverbrauch und Umweltbelastung von Deutschland nach Afrika exportiert werden und zwar zugunsten einer vermeintlich positiven Umweltbilanz in Deutschland, die aber unter Berücksichtigung der gesamten Lieferkette tatsächlich nicht gegeben ist.

